

5 v. Seiten
69 Seiten

Hauptausschuß

Protokoll

33. Sitzung (nicht öffentlich)

25. Juni 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 16.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenographen: Hezel, Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschäftigt sich der Hauptausschuß mit der

**Aktuellen Diskussion der Verfassungsreform
- Neufassung des Art. 23 GG -**

1 - 10

Der Hauptausschuß nimmt die von Ministerialdirigent Dr. Dästner (Staatskanzlei) vorgetragene Informationen über das Ergebnis der Berichterstattergespräche zu diesem Thema (Entwurfstext siehe Anlage 1) entgegen und berät eingehend darüber. Der als Anlage 2 diesem Protokoll beigelegten Resolution an die Gemeinsame Verfassungskommission, die dieser rechtzeitig vor ihrer morgigen Sitzung zugeleitet werden soll, stimmt der Ausschluß ohne Gegenstimmen zu.

- Hierauf beginnt der Ausschluß mit der Abwicklung der für heute in Aussicht genommenen Tagesordnung.

1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-WestfalenGesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1514

und

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 11/3554

10 - 11

Auf Antrag der Fraktion der CDU soll zu der vorgesehenen Verankerung des Sports in der Landesverfassung eine öffentliche Anhörung unter Federführung des Hauptausschusses stattfinden. Termin: Donnerstag, 1. Oktober 1992. Mit dem vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Vorbereitungsverfahren ist der Hauptausschuß einverstanden.

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-WestfalenGesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/1482

11

Da die Voraussetzungen für eine - gegebenenfalls teilweise - Willensbildung im Hauptausschuß zum künftigen Verfahren unterhalb der Gesetzgebungsebene noch nicht abschließend vorliegen, wird Punkt 2 von der Tagesordnung abgesetzt.

Hauptausschuß
33. Sitzung

25.06.1992
hz/th-sto

Seite

3 Wahl von Frau Ministerin für Bauen und Wohnen Ilse Brusis in den Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbrief- und Hypotheken AG (DePfa)

hier: Genehmigung gemäß Art. 64 Abs. 3 LV

11 - 15

Der Hauptausschuß stimmt dem Antrag der Landesregierung, die Wahl von Frau Ministerin Brusis in den Aufsichtsrat der DePfa nach Art. 64 Abs. 3 LV zu genehmigen, gegen die Stimmen der Vertreter von CDU und GRÜNEN mit den Stimmen der Vertreter von SPD- und F.D.P.-Fraktion zu. Die in der Aussprache gestellten Fragen sollen von der Regierung schriftlich beantwortet werden.

4 Viertes Gesetz zur Änderung des Wahlkampfkostengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3736

15 - 17

Der Hauptausschuß will nach der Sommerpause auf den Gesetzentwurf zurückkommen.

5 Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln und des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (5. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/3381

Vorlagen 11/1239, 11/1247 und 11/1350 (Synopsis)

Zuschriften 11/1563, 11/1568, 11/1574, 11/1575, 11/1576,
11/1577, 11/1578, 11/1579, 11/1580, 11/1597,
11/1605, 11/1607, 11/1610, 11/1611, 11/1612,
11/1613, 11/1648, 11/1689, 11/1690, 11/1698,
11/1705, 11/1706

in Verbindung damit:

Fünftes Gesetz zur Änderung des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (5. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf

der Fraktion der F.D.P. und
der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/3354

und

SAT 1 in Nordrhein-Westfalen erhalten

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 11/2931

18 ff.

Von einer paragraphenweisen Erörterung der Novellen zum WDR-Gesetz und zum Landesrundfunkgesetz sieht der Hauptausschuß ab und konzentriert sich bei dieser ersten Behandlung der Entwürfe nach der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen und Vertretern von Institutionen und Verbänden am 14. Mai 1992 (APr 11/560) auf die Beratung von Schwerpunktthemen, bei der auch Einzelheiten der vorgeschlagenen Bestimmungen zur Sprache kommen.

In der Stellungnahme der Präsidentin Vorlage 11/1383 werde zu Recht eine Klagemöglichkeit für die Länderparlamente gefordert, bemerkt **Abgeordneter Büssow (SPD)**. Die Landtage hätten dann die Möglichkeit, entsprechende Entscheidungen überprüfen zu lassen. Die vorgeschlagene Formulierung sei zu befürworten.

Bei den Ausführungen des Abgeordneten Büssow gehe es einmal um die Übertragung von Zuständigkeiten der Länder auf die Europäische Gemeinschaft und zum anderen um die Übertragung von Hoheitsrechten auf den Bund, gibt **Direktor Große-Sender** zu bedenken. Man sollte die Überlegungen nicht "auf die Europa-Schiene verkürzen", sondern der Vorschlag zu Art. 79 Abs. 2 a (neu) solle in der hessischen Formulierung befürwortet werden. Eine solche Entschließung des Hauptausschusses wäre für die Landesregierung bei ihren künftigen Beratungen hilfreich.

Der **Hauptausschuß** stimmt nach seiner Weiterberatung der Tagesordnung dem dann vorgelegten, als **Anlage 2** wiedergegebenen Text einer Resolution zur Änderung des Grundgesetzes im Bereich der Gesetzgebungskompetenz ohne Gegenstimmen zu.

1 **Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 11/1514

und

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

Drucksache 11/3554

Der **Vorsitzende** teilt mit, auf Antrag der CDU-Fraktion solle zu der in Aussicht genommenen Verankerung des Sports in der Landesverfassung eine **Anhörung** stattfinden, wofür der Hauptausschuß federführend zuständig sei. Es bestehe Einvernehmen darüber, daß dieses Hearing am Donnerstag, 1. Oktober 1992, stattfinden solle. Einige Vorschläge für Sachverständige seien schon gemacht worden: Die F.D.P.-Fraktion habe Professor von Münch benannt, die CDU-Fraktion die Professoren Stern, Steiner und Isensee sowie die Sportpräsidenten Hansen und Winkels. Weitere Vorschläge müßten vor der Sommerpause gemacht werden. - Auch Wünsche zur Ergänzung des von der CDU vorgelegten, fünf Punkte umfassenden Fragenkata-

logs sollten von den Fraktionen bis Anfang der nächsten Woche vorgetragen werden, so daß die Einladung zur Anhörung noch vor den Parlamentsferien ausgesprochen werden könnte. - Hiermit ist der **Hauptausschuß** einverstanden.

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/1482

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß die Berichterstattung zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs seit langem vorliege. Seinerzeit habe sich das Parlament darauf geeinigt, vor der dritten Lesung zu klären, ob man zu einer - gegebenenfalls teilweise - gemeinsamen Willensbildung im Hauptausschuß zum künftigen Verfahren unterhalb der Gesetzgebungsebene gelangen könne. Abgeordneter Grätz möchte wissen, wie weit der Abstimmungsprozeß gediehen sei. - Hierzu berichtet **Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** nach Rücksprache mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD am Vortage, dieser Prozeß sei noch nicht abgeschlossen.

Daraufhin setzt der **Vorsitzende** den Punkt von der Tagesordnung ab. Das Thema dürfte in der ersten Sitzung nach der Sommerpause abstimmungsreif sein.

3 Wahl von Frau Ministerin für Bauen und Wohnen Ilse Brusis in den Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbrief- und Hypotheken AG (DePfa)

hier: Genehmigung gemäß Art. 64 Abs. 3 LV

Abgeordnete Höhn (GRÜNE) möchte ergänzend zu dem den Ausschlußmitgliedern zu diesem Punkt zugegangenen Schreiben noch wissen, welche Aufgaben die Deutsche Pfandbrief- und Hypotheken-AG wahrnehme, wie hoch ihr Stammkapital sei, wie der Aufsichtsrat des Unternehmens zusammengesetzt sei, ob es bisher bereits Vertreter des Landes im Aufsichtsrat gebe und wie die Sitze in diesem Gremium verteilt seien. - **Abgeordneter Hegemann (CDU)** erkundigt sich nach der Beteiligung der öffentlichen Hand an der Gesellschaft.